

AKTIV WERDEN!

Wir laden alle, die sich mit der Idee und der politischen Linie unserer Partei identifizieren können, herzlich ein, bei der Umsetzung unseres politischen Projektes mitzumachen. Dazu einige Anregungen:

1. Am dringendsten benötigen wir zur Zeit die 2600 Unterstützungserklärungen, um am 28. September möglichst flächendeckend kandidieren zu können. Daher: **Unterstützungserklärung** in der Heimatgemeinde beglaubigen lassen und abschicken an:

ICH WÄHLE NICHT
z.H. Stephan Jank
Fuggergasse 1
A-9500 Villach

(Formular zum Downloaden und aktuelle Infos dazu findest Du auf: <http://www.ichwaehlenicht.at>)

2. Zur Zeit arbeiten wir am **Aufbau bundesweiter Regionalstrukturen**. Wenn Du den Aufbau einer solchen Regionalstruktur in Deiner Heimatregion organisieren möchtest, sende uns ein Email an:

vorstand@ichwaehlenicht.at.

Insbesondere suchen wir noch **Kandidatinnen** und **Kandidaten** für unsere Bundes- und Landeslisten.

3. Als sehr junge (und daher mittellose) Partei können wir unseren Bekanntheitsgrad nicht auf herkömmlichem Weg (Inserate, Kampagnen, etc..) steigern, sondern sind auf die Verbreitung unserer Ideen durch **Mundpropaganda** oder über das **Internet** angewiesen. Hilf uns dabei, indem Du mit Freundinnen und Freunden, Bekannten, Arbeitskolleginnen und -kollegen über unser Projekt sprichst oder aber unsere website auf Deiner verlinkst.

Fortsetzung vom Innenteil

der etablierten Parteien zuordnen kann und abgesehen davon, dass politische Meinungsforschung ohne die Großaufträge der etablierten Parteien ein ziemlich brotloses Gewerbe wäre, also abgesehen von all dem. Wer sagt denn diesen Politologen und Demographen, dass es unserer Partei nicht gelingen kann, die Massen an Nichtwählern zu spalten. In solche nämlich, die in unserem Angebot urplötzlich die neue Chance erkennen, dass ihre demokratische Entscheidung doch etwas bewirken kann, und in jene, die der politische Mainstream ohnehin schon vollprivatisiert hat. Wer sagt denn, dass die Menschen nicht viel schlauer sind, als sie gehalten werden, und dass viele von ihnen nur deshalb nicht mehr zur Wahl gehen, weil sie die Schnauze nicht von DER POLITIK, sondern nur von DIESER POLITIK voll haben?

REGEN oder TRAUFEN



KONTAKT:

email: vorstand@ichwaehlenicht.at

<http://www.ichwaehlenicht.at>

Für den Inhalt verantwortlich: ICH WÄHLE NICHT, Fuggergasse 1, A-9500 Villach

PEST oder CHOLERA



ICH WÄHLE NICHT
Österreichs erste Nichtwählerpartei

www.ichwaehlenicht.at

WIR WOLLEN:

NICHT(s von dem Einheitsbrei) **WÄHLEN**, der angeboten wird und gerade mit dieser Entscheidung die Mandatsverteilung beeinflussen.

NICHTWÄHLERINNEN und **NICHTWÄHLER** in den Parlamenten sichtbar machen.

PROGRAMME und **INHALTE**, die man wieder wählen kann statt bewusste Orientierung am „ökonomischen Sachzwang“.

KEINE REGIERUNGEN oder **KOALITIONEN**, die nicht von mindestens 50% der Wahlberechtigten legitimiert sind.

INNEHALTEN und **DENKFREIRÄUME** statt andauerndes Gürtel-Enger-Schnallen.

AM 28. SEPTEMBER in allen Bundesländern kandidieren.

Zur Sinnhaftigkeit einer Nichtwählerpartei

Aus einem Interview mit dem Bundessprecher

Frage: Der Name ihrer Partei scheint auch schon beinahe ihr ganzes Programm zu sein. Und wahrscheinlich liegt man damit gar nicht so falsch, wenn man ihr 2-Punkte-Programm betrachtet:

1. Ziel von ICH WÄHLE NICHT ist die adäquate Repräsentanz von Nichtwählerinnen und Nichtwählern in möglichst allen parlamentarischen Vertretungen Österreichs sowohl auf Gemeinde- wie auch auf Landes- und Bundesebene.
2. Mittelfristig wird eine Novellierung des Wahlrechts dahingehend angestrebt, dass die Verteilung von Mandaten nicht mehr auf Basis der abgegebenen gültigen Stimmen, sondern auf der Basis aller Wahlberechtigten erfolgt.

Das klingt ziemlich paradox, wenn da plötzlich Nichtwähler eine Partei wählen sollen, die sich dann ohnehin nur der Stimme enthält. Was soll das? Und vor allem: Wer braucht so eine Partei? Schließlich sagt ihre Partei ja nichts anderes, als das, was die Nichtwählerinnen und Nichtwähler ohnehin von sich selbst aus zum Ausdruck bringen, Nämlich: „Ich wähle nicht“.

Antwort: Wenn man einen oberflächlichen Blick auf das Problem der sinkenden Wahlbeteiligung wirft, dann haben Sie natürlich recht. Natürlich sagen alle, die bei einer Wahl ungültig, weiss oder gar nicht wählen, explizit oder auch nur implizit: „Ich wähle nicht.“ Soweit stimme ich ihnen klarerweise zu. Aber leider ist das Problem damit noch nicht fertig analysiert. Denn der eigentliche Punkt kommt nämlich erst jetzt: Die Wahlberechtigten können bei uns zwar sagen „Ich wähle nicht.“ - ernst genommen werden sie damit aber nicht. Denn – wie wir wissen – werden die politischen Mandate in allen zur Wahl stehenden Vertretungen ausschließlich auf der Basis der abgegebenen, gültigen Stimmen ermittelt. Von der realen Verteilung der Macht sind Nichtwählerinnen und Nichtwähler also von vorneherein ausgeschlossen. Ich formuliere das einmal krasser: Selbst wenn 90% der Wahlberechtigten nicht zur Wahl gehen - oder etwa auf Grund ihrer Ablehnung aller zur Wahl stehenden Parteiprogramme aus demokratischer Verantwortung gar nicht zur Wahl gehen können - , beeinflusst das die Mandatsverteilung genau gar nicht. Denn die reale Macht wird auf Basis der restlichen 10% verteilt - egal wie abgehoben die Programme der zur Wahl stehenden Parteien auch immer sein mögen. Das ist der Punkt, auf den es uns ankommt.

Frage: „Selber schuld.“, muss man den Nichtwählern da doch zurufen. „Wer nicht wählt, soll auch nicht mitbestimmen.“, so sind nun einmal die Regeln in unserer Demokratie.

Antwort: Bei den aktuellen Wahlbeteiligungen klingt das ziemlich bedrohlich. Ähnlich bedrohlich wie der Satz „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit. Aber einmal Spass beiseite. Wir alle sollten uns endlich mit der Tatsache konfrontieren, dass in absehbarer Zeit Wahlbeteiligungen unter die 50%-Marke fallen könnten. Da wird dann die reale Verteilung der Macht wirklich zur Veranstaltung einer Minderheit in unserer Gesellschaft. Und spätestens da stößt mein Demokratieverständnis an seine Grenzen.

Frage: Ich versuche es noch einmal: Die Wahlverweigerung können Sie ja wirklich nicht unserem demokratischen System zum Vorwurf machen. Da sind doch offensichtlich wirklich die Nichtwähler dran schuld.

Antwort: Das kann man so sehen. Und das sehen die etablierten Parteien auch so. Das kann man aber auch ganz anders sehen. So lange nämlich für politische Parteien die Wahlbeteiligung zur Erlangung der Macht bestenfalls eine marginale Rolle spielt, genau solange werden sie politische Programme und Koalitionsvereinbarungen verabschieden, die sich immer weiter von den realen Bedürfnissen und Wünschen der Menschen wegbewegen. Und immer mehr Menschen, denen in allen diesen Vereinbarungen laufend der Gürtel enger geschnallt wird, werden diese Programme nur noch als Pest oder Cholera wahrnehmen. Und wer eben nur zwischen Pest und Cholera wählen kann, der hört irgendwann einmal auf mit Wählen. Übrigens ganz zurecht - wie wir meinen.

Frage: Wie wollen sie dieses Übel ändern?

Antwort: Da gibt es aus unserer Sicht genau zwei Varianten. Die eine bestünde in der Umsetzung von Punkt 2 unseres Parteiprogrammes, also das Wahlrecht so zu ändern, dass die Verteilung der politischen Mandate auf der Basis der Anzahl der Wahlberechtigten und nicht auf der Basis der abgegebenen, gültigen Stimmen erfolgt. Das würde dann bedeuten, dass bei sinkender Wahlbeteiligung immer mehr Sitze in den Gremien frei blieben.

Frage: Das kann dann aber bis zur Handlungsunfähigkeit eines Parlamentes führen.

Antwort: Genau darin besteht ja unser Vorschlag. Wer nicht mehr gewählt wird, weil die Menschen sich von ihm nicht mehr vertreten fühlen, soll auch nicht über Wohl und Wehe dieser Menschen

bestimmen. Dann müssen eben so lange Neuwahlen durchgeführt werden, bis dieses Patt gebrochen ist oder aber die Regierung bleibt in der nächsten Legislaturperiode die alte. Wenigstens können dann aber keine neuen Gesetze mehr gegen die Menschen beschlossen werden.

Frage: Das stünde doch in einem klaren Widerspruch zur österreichischen Verfassung?

Antwort: So rigide Beschränkungen wie die Festlegung einer Wahlarithmetik, mögen vielleicht im EU-Reformvertrag politisch betont sein. In der österreichischen Verfassung werden sie zu diesem Thema nichts finden. Sie haben aber zum Teil natürlich schon auch recht, weil eine Novellierung des Wahlrechts in der Tat nur von einer Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden kann. Ein entsprechender Antrag stünde aber nicht im geringsten Widerspruch zu unserer Verfassung.

Frage: Eine Zweidrittel-Mehrheit? Ist das nicht utopisch für dieses Anliegen?

Antwort: In der Tat ist es utopisch, von den etablierten Parteien eine derartige Änderung des Wahlrechts zu erwarten oder auch nur zu fordern. Und damit wird der Punkt, den sie ansprechen genau zum Knackpunkt, der die Notwendigkeit unserer Partei ins Blickfeld rückt. Das politische Projekt von ICH WÄHLE NICHT verfolgt nämlich haargenau dasselbe Ziel wie die angesprochene Änderung des Wahlrechts. Nur wird hier von den etablierten Parteien nichts gefordert, sondern der bewusste Nichtwähler kann ihnen die Rute selbst ins Fenster stellen. Denn nur eine Partei, die die Entscheidung der Nichtwähler in den Parlamenten durch die bedingungslose Stimmenthaltung in allen Gremien sichtbar macht, kann verhindern, dass Regierungen gebildet werden, die von noch nicht einmal 50% der Wahlberechtigten legitimiert wurden.

Frage: Jetzt machen sie da plötzlich eine Unterscheidung zwischen bewussten und - wahrscheinlich dann - nicht bewussten Nichtwählern. Folgt man da der Politologie oder anderen demographischen Instrumenten, so ist die Ursache der sinkenden Wahlbeteiligungen doch beinahe ausschließlich in einer meist nicht näher benennbaren Politikverdrossenheit der Menschen zu suchen. Das sind dann aber in der überwiegenden Mehrzahl wohl gerade nicht die von ihnen angesprochenen bewussten Nichtwähler.

Antwort: Einmal abgesehen davon, dass man Politologen zu meist schon anhand ihrer beruflichen Biographien genau einer

